

Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 06/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem sechsten Newsletter im Juni möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist für unsere freiheitliche Demokratie von größter Bedeutung. Rechtsextreme Straftaten haben in NRW – wie auch in der gesamten Bundesrepublik – im vergangenen Jahr stark zugenommen. Neben einer strikten Verfolgung von Straftaten ist die Prävention und Aufklärung ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Rechts. Zu Beginn der Plenarwoche wurde daher im Plenum über den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus debattiert. Mit dem "Integrierten Handlungskonzept" werden insgesamt 2,3 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, unter anderem für Opfersowie mobile Beratung. Überwiegend sollen mit dem Geld jedoch kommunale Handlungskonzepte gefördert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Wiedereinführung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen. Seit den Kommunalwahlen 2014 ist die Arbeit in den Kommunalparlamenten deutlich schwieriger geworden: Im Bochumer Stadtrat – sowie in 13 weiteren kreisfreien Städten und drei Kreistagen – sind jeweils mindestens zehn Parteien oder Wählergruppen eingezogen. Am Freitag haben wir daher über die Wiedereinführung einer Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen abgestimmt. Auf diese Weise soll die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage gesichert und deren "Zersplitterung" verhindert werden.

Des Weiteren möchten wir gerne unter anderem über unsere gemeinsamen Aktivitäten im Wahlkreis informieren: Am 24. Mai hatten wir im Rahmen der Aktionswoche "vorbeugende Politik" einen sehr informativen Besuch in der Jugendhilfeeinrichtung der Diakonie in Wattenscheid. Einen Tag später haben wir mit vielen Vertreterinnen und Vertreter der Bochumer Zivilgesellschaft bei der Veranstaltung "Vom Flüchtling zum Nachbarn – der Integrationsplan für NRW" über die Bedingungen für die gelungene Integration von Geflüchteten gesprochen.

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Carina Gödecke MdL

C. Gödeche

Serdar Yüksel MdL

Sordar Jitasel

Handlungsfähig: Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

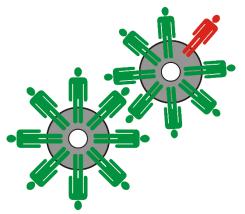
Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird jährlich rund 3.2 Millionen Euro für Projekte Rechtsextremismus und Rassismus investieren. Damit sollen zivilgesellschaftliche Initiativen gestärkt und zugleich zu einem präventiven Netzwerk gebündelt werden. Ab sofort können sich auch Städte und Gemeinden mit ihren Ideen um Fördergeld bewerben. Knapp zwei Millionen Euro mehr stehen in diesem Jahr dafür bereit. wurde im neuen Handlungskonzept Rechtsextremismus und Rassismus der rot-grünen Landesregierung verankert. Kinder-, Jugendund



Familienministerin Christina Kampmann hatte ihre Pläne vor einigen Tagen vorgestellt. Am Mittwoch gab es dazu auch eine Regierungsunterrichtung gleich zu Beginn der Plenarsitzung.

Unterstützt werden zum Beispiel die präventive Arbeit von Fußballfanprojekten sowie Opferberatungsstellen in Düsseldorf und Dortmund. Insgesamt geht es um 166 vorbeugende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Das Konzept identifiziert 13 bedeutende Handlungsfelder - unter anderem in den Bereichen Justiz, Schule, Arbeit und Wirtschaft, Polizei, Medien und Kultur. Es sind verschiedene Handlungsziele definiert, die mit konkreten Maßnahmen beschrieben werden. Die Erstellung und Umsetzung des Handlungskonzepts ist und war ein dringend erforderlicher Schritt, um die Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus nachhaltig zu fördern. Der Bedarf an politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit diesem Thema wächst. Nicht nur wegen der Aufdeckung der menschenverachtenden Morde der rechtsextremen Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund", kurz NSU, sondern auch wegen der stetig zunehmenden rassistischen und rechtsextremen Propaganda und Straftaten.

Vorbildlich: NRW ist Vorreiter mit Inklusionsstärkungsgesetz



In Nordrhein-Westfalen wird ein weiterer Meilenstein für die inklusive Gesellschaft für alle gelegt. Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten im Landtag über das "Erste allgemeine Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen" (Inklusionsstärkungsgesetz, ISG) ab. Der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf verankert die Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die 2009 auch von Deutschland unterschrieben worden sind. Im ISG sind ganz konkrete Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen festgelegt, wie etwa der Rechtsanspruch auf Stimmzettelschablonen für sehbehinderte und blinde Menschen sowie Kommunikationshilfen für gehörlose Eltern. Mit den neuen

Regelungen setzt NRW bundesweit neue Maßstäbe für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und eine optimierte barrierefreie Infrastruktur. Zunehmend sollen – nach der Verabschiedung am Mittwoch – Barrieren für Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und bei der gesundheitlichen Versorgung abgebaut und neue Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Beispielsweise wird die 'Leichte Sprache' gesetzlich verankert und die deutsche Gebärdensprache als eigenständige Sprache anerkannt.

Das Gesetz verpflichtet zudem sogenannte Träger öffentlicher Belange wie Gemeinden, Verwaltungen und ähnliches mit den Fachverbänden verbindlicher zusammenzuarbeiten und damit dem Grundsatz "Nichts über uns ohne uns" nachzukommen. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen sorgen zudem dafür, dass Menschen unter vollständiger Betreuung künftig an Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen dürfen. Bislang sind diese vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist unvereinbar mit der UN-BRK. Deshalb werden wir den entsprechenden Passus streichen.

Vielfältiger: Möglichkeiten des Mobilseins in NRW



Am Mittwoch stellte die Landesregierung ihren Entwurf für ein Straßen- und Wegegesetz in NRW im Landtag vor. Damit soll die Verkehrspolitik weiterentwickelt und den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Neu ist die Gleichstellung der Radschnellwege mit den Landesstraßen. Beide werden gleichgewichtige Verkehrsträger.

Das neue Gesetz stärkt beispielsweise die Vielfalt der Mobilitätsmöglichkeiten in NRW, das Fahrrad wird als Beförderungsmittel aufgewertet und indirekt auch die

Elektromobilität. Ohne den Ausbau der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur wird es keinen effektiven Ausbau der Elektromobilität geben, denn deren Wirkungsbereich geht über die Straße weit hinaus.

Moderner: Landesbauordnung wird zeitgemäßer und inklusiver

Weniger Barrieren in öffentlichen und privaten Gebäuden ist eines der ehrgeizigen Ziele der neuen Landesbauordnung. Von dem Regelwerk, das am Mittwoch von der Landesregierung in den Landtag eingebracht wird, sollen besonders Menschen mit Behinderungen profitieren. So soll zum Beispiel der nachträgliche Einbau von Treppenliften in älteren Mehrfamilienhäusern ermöglicht werden. Das scheiterte bisher oft an den Brandschutzvorschriften. Zudem sollen öffentlich zugängliche Gebäude wie Arztpraxen, Einkaufsläden oder Kindergärten und Schulen barrierefrei sein, zumindest Neubauten. In Häusern mit Aufzug gilt künftig: Alle Wohnungen müssen barrierefrei sein.



Mit dem Gesetzentwurf wird so eine gute Basis für zeitgemäßes Bauen in Nordrhein-Westfalen gelegt. Es ist ein vernünftiger Kompromiss

zwischen den maximalen, weil wünschenswerten, und den tatsächlich praktikablen und bezahlbaren Lösungen gefunden worden. Er garantiert, dass für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen auch attraktiver Wohnraum geschaffen werden kann.

Nachträglich: 550 Millionen Euro zusätzlich aus Landeshaushalt



550 Millionen Euro will die rot-grüne Landesregierung jetzt zusätzlich in die Hand nehmen. Davon sollen zahlreiche Projekte in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Integration von geflüchteten Menschen finanziert werden. Das sind Investitionen in die Zukunft NRWs. Unverändert bleibt davon aber der Kurs hin zur 'Schwarzen Null'. Die sogenannte Nettoneuverschuldung bleibt bei den anvisierten 1,8 Milliarden Euro für dieses Jahr.

Ein wichtiger Punkt sind die zusätzlichen Personalstellen sowie Geld für Bildung und Inklusion. Konkret geht es um 529 zusätzliche Stellen in den Schulen. Besonders erfreulich sind weitere 300 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für die schulische Inklusion. Wir sind der steigenden Schülerzahl aufgrund der Flüchtlingsbewegung und den ausbleibenden demografischen Effekten bereits mit weiteren Grundstellen (rund 4.200 neue Lehrerstellen für den Grundbedarf) begegnet.

Einige Eckpunkte des 2. Nachtragshaushalts:

- 6,2 Millionen Euro mehr für Weiterbildung und Familienbildung
- 45 Stellen im Bereich des Justizvollzugs für Integrationsbeauftragte

- 3,2 Millionen Euro und 14 zusätzliche Stellen im Projekt "Finanzverwaltung der Zukunft"
- 7 Millionen Euro für eine verbesserte Ausstattung der Polizei (wie zum Beispiel Schutzwesten)
- 9,1 Millionen Euro werden für Familienberatungs- und Integrationsprojekte, wie zum Beispiel die Aufstockung der Mittel für "Brückenprojekte" um 5 Millionen Euro
- 120 Millionen Euro kalkuliert das Land für Mehrausgaben bei der Versorgung von Asylbewerbern in seinem Bereich
- 385 Millionen Euro werden vollständig an die Kommunen weitergeleitet, die sich wie folgt zusammensetzen:
 - 172 Millionen Euro zusätzliche Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) und
 - 213 Millionen Euro zusätzliche Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge durch die Anpassung an die aktuellen Flüchtlingszahlen.

Zusätzlich schiebt die Landesregierung Investitionen in folgenden Projekten an (durch Verpflichtungsermächtigungen):

- Hochschule: 191 Millionen Euro für Modernisierungen im Zusammenhang mit der Hochschulmodernisierungsvereinbarung
- Justiz: 103 Millionen Euro für die Grundsanierung der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel
- Finanzverwaltung: rund 140 Millionen Euro für ein neues Rechenzentrum
- Breitbandausbau: 80 Millionen Euro zur Förderung des Breitbandausbaus
- Polizei: Bereitstellung weiterer 26,4 Millionen Euro für zusätzliche Ausrüstung.

Unerlässlich: Prozent-Hürde bei Kommunalwahl in NRW

Der nordrhein-westfälische Landtag debattiert am Donnerstag und Freitag abschließend über das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz. Danach soll die 1999 abgeschaffte Sperrklausel bei Kommunalwahlen wieder eingeführt und in der NRW-Verfassung aufgenommen werden. Das heißt: Nur wer mindestens 2,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat, darf demnach in den Rat einziehen.



Das parlamentarische Vorhaben wurde ausführlich und gründlich beraten, unter anderem in einer umfangreichen Anhörung von Sachverständigen. Sowohl der Haupt-, als auch der Kommunalpolitische Ausschuss im Landtag haben dem Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, bei Enthaltung der FDP, zugestimmt.

Die neue Prozent-Hürde ist unumgänglich, wenn man bedenkt, dass mancherorts bis zu 13 Parteien, Gruppen oder Einzelpersonen in den Räten sitzen. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hatte 1999 eine Sperrklausel im Kommunalwahlrecht verworfen. Die Wiedereinführung ist jedoch aufgrund der gefährdeten Funktionsfähigkeit der kommunalen Räte und einer handlungsfähigen Demokratie unerlässlich. Für die Abstimmung wird im Landtag eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt.

Umfangreich: Reformiertes Dienstrecht ist wichtiges Signal

Das Dienstrecht für die etwa 337.000 Beamtinnen und Beamten in NRW soll jetzt modernisiert werden. Dafür legte die rot-grüne Landesregierung einen umfangreichen Gesetzentwurf vor. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen werden während der Debatte am Donnerstag noch weitere, wichtige Änderungen verankern: Wer für das Land arbeitet, muss von seiner Besoldung leben können. Deshalb wollen wir die Abschaffung der prekären Besoldungsgruppen A3 und A4. Auch die Verbesserung der Frauenförderung, eine optimalere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Pensionswirksamkeit der Gefahrenzulagen sind in dem Gesetzentwurf bereits vorgesehen. So wird Arbeiten im öffentlichen Dienst endlich wieder attraktiver.



Gute Arbeit muss angemessen vergütet werden und deshalb haben wir entschieden, die Bedingungen auch für Nachwuchskräfte zu verbessern. Deshalb werden unter anderem Beschäftigte der Feuerwehren im Vorbereitungsdienst, die eine abgeschlossene Berufsausbildung benötigen, durch eine Änderung im Gesetz demnächst angemessener bezahlt. Außerdem soll sich der öffentliche Dienst interkulturell weiter öffnen, entsprechend der Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund. Des Weiteren werden wir die sogenannte "Jubiläumszulage" wieder einführen. Dies ist ein wichtiges Signal an langjährige Beschäftigte. Zum ersten Mal werden

ein betriebliches Gesundheitsmanagement und die Personalentwicklung gesetzlich festgeschrieben und damit verpflichtend.

Der öffentliche Dienst ist mit der Reform als Arbeitgeber weiterhin attraktiv.

Alltagstauglich: Kinder und Jugendliche stärken



Seit dem 5. April 1992 gibt es in Deutschland die Kinderrechtskonvention. Damals zunächst mit Vorbehalten. Uneingeschränkt ist sie erst seit 2010. Seitdem hat sich einiges geändert: Kinder und Jugendliche sind eigenständige Rechtspersönlichkeiten und eben nicht zu erziehende Objekte. Politik und Gesellschaft haben sich mit der Anerkennung und Ratifizierung verpflichtet, Kindern und Jugendlichen umfassende Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte zu garantieren. "Ratifizierungen allein schaffen jedoch keine Gerechtigkeit", sagte Bundespräsident Joachim Gauck auf der Matinee anlässlich des 65. Jahrestages der allgemeinen Menschenrechte.

Die Situation in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren durchaus verbessert. Dennoch gibt es Licht und Schatten: Zwar ist Gewalt in der Erziehung verboten, dennoch ist sie häufig noch gängige Praxis. Umso wichtiger ist es, die Kinderrechte weiter zu stärken und sie auch im nationalen Recht zu verankern. Der Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen, der am Freitag diesbezüglich im Plenum debattiert wird, soll hierzu einen wertvollen Beitrag leisten: Die Kinderrechte müssen bekannter werden in NRW und sie sollen in Institutionen und im alltäglichen Leben umgesetzt werden.

Jeweils am Ende der Legislaturperiode soll ein Kinder- und Jugendbericht über die Umsetzung der Kinderrechte in NRW vorgelegt werden. Einbezogen werden sollen Kinder und Jugendliche in all ihren Facetten, also unter anderem mit Armutserfahrung-, ohne sicheren Aufenthaltsstatus, mit Behinderung, mit Migrationshintergrund sowie mit unterschiedlichen sexuellen Neigungen.

Wir wollen, dass das Land weiterhin Programme und Projekte zur demokratischen Bildung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen wie 'Demokratisch Handeln', 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' unterstützt und die Partizipation in allen Jahrgangsstufen und Schulformen stärkt. So sollen sie lernen, sich an demokratischen Prozessen aktiv zu beteiligen.

SPD-Landtagsfraktion diskutiert den Integrationsplan in Bochum

Politik erklären, Erfahrungen austauschen und Sachverstand mit einbeziehen – vor diesem Hintergrund diskutierten die Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel mit Bürgerinnen und Bürgern bei der Veranstaltung "Vom Flüchtling zum Nachbarn" am 25. Mai 2016 in Bochum. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hatte eingeladen, um den Integrationsplan der rot-grünen Landesregierung mit rund 60 Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, ehrenamtlichen Organisationen und Bildungsträgern zu diskutieren und deren Anregungen entgegenzunehmen. In ihrer Auftaktrede stellt die Bochumer SPD-Angeordnete Carina Gödecke "Gelingensbedingungen" für eine gute Integration in die Gesellschaft in den

Mittelpunkt. Gelingensbedingungen heißt, nicht ausschließlich über die Probleme und Hindernisse zu sprechen, sondern vor allem über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft hervorzuheben.



Hans Willi Körfges, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. stellte den Integrationsplan neue "Rahmenbedingung für gelingende Integration" vor. Bei dem Integrationsplan handelt sich es einen Maßnahmenkatalog, der viele verschiedene Politikfelder einbezieht. Dazu gehören verpflichtende Integrationskurse, bei denen neben dem Spracherwerb auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes vermittelt werden.

Zusätzliche Plätze in den Bildungseinrichtungen, mehr Lehrkräfte in Schulen und die Ausweitung der individuellen Beratungs- und Förderangeboten sollen eine passgenaue Qualifizierung der Migranten fördern. Mit der Wohnungsbauoffensive und dem Abbau von rechtlichen Hindernissen wird der Ausbau von Wohnungsangeboten in

NRW vorangetrieben und dies nicht nur als Unterstützung der Flüchtlinge, sondern als Angebot für Jedermann.

Körfges betonte in seinem Vortrag die Bedeutung der Zivilgesellschaft für eine gelingende Integration: "Integration geschieht vor Ort, im Kindergarten, am Arbeitsplatz, in der Schule und im Sportverein." Daher nehme sich der Integrationsplan zum Ziel, ehrenamtliches Engagement stärker zu fördern. Der Wattenscheider Pfarrer Holger Nollmann betonte ebenfalls die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Integration. In seinem Vortrag ging er insbesondere auf die Integration der Generation ein, die als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland gekommen waren. Weder die deutsche Bevölkerung, noch die Politik oder die Migranten selbst hätten die Grundpfeiler für die Integration dieser Zugewanderten geschaffen: "Nur die Zivilgesellschaft sorgt für Integration, selbst wenn Politik und Gesellschaft behäbig agieren". Aus diesem Gedanken heraus formulierte Nollmann auch seine aktuelle Forderung: "Wir haben starke und bewährte Kräfte in der Zivilgesellschaft. Lasst sie machen und stattet sie gut aus — im Zweifel zu generös als zu zurückhaltend!"

Nach den einführenden Worten entstand ein rund einstündiger lebendiger Dialog mit den Gästen, der vom Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel moderiert wurde. Aus dieser Veranstaltung nehmen die Abgeordneten, wie beabsichtigt, vielen Anregungen und Kritikpunkte mit in die weitere Arbeit am Integrationsplan: "Der Austausch mit denen, die unmittelbar an der Integration von Geflüchteten arbeiten, ist unabdingbar. Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Integration vor Ort gelingen kann", so Serdar Yüksel.

SPD-Abgeordnete Gödecke und Yüksel besuchen Jugendhilfeeinrichtung des Diakoniewerkes in Wattenscheid

Am 24. Mai besuchten die beiden Bochumer SPD-Abgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel das Evangelische Kinder- und Jugendhaus am Centrumsplatz in Wattenscheid. Auf dem rund 2000qm großen Gelände der ehemaligen Zeche Centrum sorgen sich 150 Mitarbeiter um rund 250 Kinder, Jugendliche und Familien. Der Besuch fand im Rahmen der Themenwoche "Vorbeugende Politik" der NRW SPD statt. Landesweit wurde in der Themenwoche auf soziale Einrichtungen aufmerksam gemacht.



Die Einrichtung bietet ein breites Angebot von präventiven Maßnahmen bis hin zur Hilfe in akuten Notsituationen. Eine "Fünf Tage Gruppe" entlastet Familien im Alltag und arbeitet mit den Eltern an der Stärkung ihrer Erziehungskompetenz, indem bis zu zehn Kinder von Sonntagsnachmittag bis Freitagnachmittag in der Gruppe rund um die Uhr betreut werden. Im Mutter-Vater-Kind-Haus können alleinerziehende Mütter und Väter in Überforderungssituationen Hilfe, Begleitung und Unterstützung erfahren. Durch differenzierte und einzelfallbezogene Hilfen des Familienbüros werden Familien in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern in Form von ambulantem Familienclearing, Elterntraining und aufsuchender Familientherapie begleitet und unterstützt. Ergänzt wird das Angebot mit einer Kita mit 45 Plätzen sowie mit der Kinderschutzvilla in der Graf-Adolf-Straße.

Das breite Angebot an verschiedenen Betreuungsmaßnahmen sieht der Leiter der Einrichtung Peter Vorndamme als größte Stärke der Einrichtung: "Durch die verschiedenen Angebote lernen wir sehr viel voneinander." Zudem betont er die Relevanz einer städteübergreifenden Kinder- und Jugendhilfe: "Wir denken ruhrgebietsweit, denn zweidrittel unserer Kinder und Jugendlichen kommen aus anderen Städten." Gerade diese Arbeit über Stadtgrenzen hinweg müsste laut der Landtagsabgeordneten Carina Gödecke noch intensiviert werden: "Wichtig ist, dass wir die Hilfsangebote besser vernetzen und für einen guten Informationsfluss sorgen. Eine effektive vorbeugende Politik braucht eine gute Vernetzung von Ämtern und Sozialträgern!" Beim gemeinsamen Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung konnten sich die Landespolitiker ein Bild von der Lage der Kinder und Jugendhilfe machen. Anschließend besichtigten sie die verschiedenen Einrichtungen und konnten sich einen lebendigen Eindruck von der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen verschaffen. Der Wattenscheider Abgeordnete Serdar Yüksel betont: "Die Arbeit der Einrichtung zeigt, wie wichtig präventive Maßnahmen sind, bevor es zu Notsituationen kommt. Unsere Aufgabe als Landespolitik muss es sein, die engagierten Mitarbeiter im Sozialwesen durch die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu unterstützen!" Daher werden die beiden Abgeordneten die Einrichtung bereits im August erneut besuchen und bei einem "Praxistag" die Betreuerinnen und Betreuer unterstützen. Außerdem möchten sie zusammen über mögliche politische Schritte zur Verbesserung der Situation von sozialen Einrichtungen diskutieren.

State Representatives aus Massachusetts zu Gast bei Serdar Yüksel im Landtag NRW



Am Montag, 30. Mai 2016, empfing der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel eine Delegation aus den USA im Landtag Nordrhein-Westfalen. Neben Kollegen aus dem Massachusetts House of Representatives war auch ein Sheriff und ein Rechtsanwalt – beides ehemalige State Representatives – mit von der Partie.

Nach einer Führung durch den Landtag, bei der sich die US-Amerikaner vor allem über das politische System in NRW und zu den Abläufen im Parlament selbst informierten, traf sich die Gruppe mit Serdar Yüksel zum politischen Austausch. Vor dem Hintergrund der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen wurde vor allem die Rolle der USA im Nahen Osten diskutiert. Yüksel betonte die Wichtigkeit des Austausches mit den Kollegen und forderte die USA auf, neben ihrer militärischen Unterstützung mehr humanitäre Hilfe insbesondere in Syrien und im Irak zu leisten.

Die Kollegen aus den USA sprachen Deutschland ihre Anerkennung für das Engagement in der Flüchtlingskrise aus und schilderten die Situation für Einwanderer in den USA. Auch die Präsidentschaftswahlen kamen zur Sprache, da jedoch alle Teilnehmer Mitglieder der demokratischen Partei waren, einigte man sich schnell auf eine Favoritin als zukünftige Präsidentin der USA.

Da einige der State Representatives an der Ausarbeitung und Umsetzung von ObamaCare beteiligt waren und sich in ihrem Staat für eine universelle Krankenversicherung einsetzen, war auch Serdar Yüksels Expertise zu gesundheitspolitischen Fragen und insbesondere zum deutschen Krankenversicherungssystem gefragt. Als ehemaliger Krankenpfleger und Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales informierte Serdar Yüksel über die Stärken und Schwächen des deutschen Gesundheitssystems und zeigte auch die Anstrengungen, die NRW für die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen unternimmt, auf.

Beide Seiten waren sich abschließend einig, dass der Umgang mit dem demografischen Wandel, die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die gesundheitliche und soziale Absicherung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung für die Zukunft beide Länder sein werden.

Was lange währt, wird endlich gut: WIR offiziell eröffnet



Am letzten Freitag wurde in Bochum ein kleines Stück Geschichte in unserem Gesundheitswesen geschrieben: Das WIR - WALK IN RUHR wurde als deutschlandweit erstes Zentrum für Sexuelle Gesundheit und Medizin mit besonderer Kooperationskonzeption eröffnet. Direkt in der Bochumer Innenstadt gelegen, in unmittelbarer Nähe zum St. Elisabeth Krankenhaus – ist das WIR nun eine zentrale Anlaufstelle für Jeden und das auch anonym.

Mit dem Zentrum begibt man sich in Bochum auf Neuland. Das "man" ist in diesem Fall eine wirkliche Besonderheit,

denn die Kooperationspartner hätten dem Grunde nach nicht unterschiedlicher sein können, wie man der nachfolgenden Aufzählung entnehmen kann:

- Interdisziplinäre Immunologische Ambulanz Zentrum für Sexuelle Gesundheit Klinik für Dermatologie der RUB, Kath. Klinikum Bochum, St. Josef-Hospital
- Aidshilfe Bochum e.V.
- Gesundheitsamt Bochum
- Pro familia e.V.
- Madonna e.V
- Rosa Strippe e.V.

Auf Anhieb scheint ein Zusammenschluss der aufgrund genannten **Partner** diverser Interessensunterschiede fast völlig ausgeschlossen. Und dennoch haben sie es geschafft - nach vier Jahren harter Arbeit - ein Zentrum zu gründen, das Beratung, Information, medizinische Behandlung, Prävention, Selbsthilfe Psychotherapie und hinsichtlich jeglicher Fragen der sexuellen Gesundheit und sexuell übertragbaren Krankheiten unter einem Dach vereint. Nicht zuletzt vielleicht auch deshalb,



weil das Zentrum – wie es Professor Brockmeyer (Ärztlicher Leiter) in seiner Begrüßung der Gäste bei der Eröffnung sagte – mit der Bochumer Landtagsabgeordneten und Landtagspräsidentin Carina Gödecke eine Patronin, eine Mutter hat, die an die Idee des Zentrums glaubt. Hier und da, wenn die Planung einmal ins

Stocken geriet, versuchte sie mit den Partnern wieder den rechten Weg zu finden und öffnete auch die eine oder andere Tür.

Nun ist es geschafft und jeder hat seinen Platz im WIR gefunden. Die Arbeit kann beginnen. Ob es schlussendlich tatsächlich eine Erfolgsgeschichte wird, bleibt abzuwarten – der Bund hat die Einrichtung schon als Modellprojekt eingestuft – es wäre in jedem Fall allen Beteiligten aufgrund ihres unfassbaren Engagements und der Begeisterung für das Zentrum zu wünschen.

Weitere Informationen

Carina Gödecke





Serdar Yüksel

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0